

Militärsgeschichte in Schwarzenborn

Schon vor 1900 interessierte sich das Militär für die Knüllhochflächen. So fanden nach Aussagen älterer Bürger nicht nur regelmäßige Kaisermanöver, sondern auch Artillerieschießübungen auf dem Knüll statt. Die ersten Verhandlungen über die Errichtung eines Truppenübungsplatzes begannen 1899; Stadt und betroffene Landwirte lehnten dieses Vorhaben jedoch ab. Dennoch wurde 1905 ein solcher Platz eingerichtet. Wie dieses Vorhaben durchgesetzt wurde, ließ sich nicht mehr rekonstruieren. Nach dem 1. Weltkrieg diente das Gelände der Reichswehr für Gelände- und Marschübungen, auch SA und SS trainierten hier. 1935 ging der Platz an die Wehrmacht. Das zur forcierten Aufrüstung eingeführte 'Gesetz über die Landbeschaffung für die Zwecke der Wehrmacht', welches noch innerhalb der letzten vier Vorkriegsjahre Erweiterung der Reichswehrflächen ermöglichte, erbrachte auf Schwarzenborn angewandt eine Vergrößerung der Übungsflächen auf 1760 ha. Die Schwarzenbörner Bauern mußten 360 ha z.T. wertvolles Ackerland und Grünland sowie 80 ha Wald abgeben. Einige verloren so mehr als 50 % ihres Grundbesitzes und damit ihre Existenzgrundlage. Sie waren zur Umsiedlung gezwungen, da am Ort nicht ausreichend Ersatzland zur Verfügung gestellt werden konnte. Die anderen betroffenen Betriebe wurden in Geld entschädigt, das allerdings erst in der Währungsreform für sie verfügbar war und dann erheblich weniger wert war.

„In dem bis dahin einsamen Knüllstädtchen begann ein Leben und Treiben, wie man es bis dahin nicht kannte. Zahlreiche Beamte und Angestellte nahmen Wohnung in der Stadt. Die Arbeiter und Kleinbauern, die bis dahin meistens arbeitslos waren, fanden gute Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Es kam wieder Geld unter die Leute, der allgemeine Lebensstandard besserte sich wesentlich. Das äußere Bild des Städtchens wurde freundlicher, die gesamte Ortslage erhielt eine Kanalisation, die 6 m breite Hauptstraße bekam auf der Strecke der stärksten Steigung ein Granitpflaster. Um die extremen Engstellen zu beseitigen, wurden 4 Häuser abgerissen.“¹⁾

So lesen sich in einer Schwarzenbörner Jubiläumsschrift die Vorteile militärischer Präsenz für die Stadt: Modernisierung und Infrastrukturausbau. Und weiter:

„Die extremen Parteien nach rechts (NSDAP) und nach links (KPD) hatten zunächst gar keinen Anhang in der eher konservativ geprägten Bevölkerung. Man darf wohl sagen, daß der jeweilige Zeitgeist im ländlichen Raum hier im Knüll doch zeitversetzt zu spüren ist. Erst in der Endphase des Machtkampfes zwischen 'Braun' und 'Rot' nahm man Partei und besonders die jüngere Generation, in der der nationale Gedanke sehr wach war, glaubte in der NSDAP eine geistige Heimat zu finden. (...) Obwohl man in Schwarzenborn durch den Übungsplatz Aufrüstung mit eigenen Augen sah, wer glaubte an das entsetzlichste, was Menschen initiieren können, den Krieg?“²⁾

Während des 2. Weltkrieges wurde der Übungsplatz von verschiedenen Bataillonen frequentiert, in Schwarzenborn und den umliegenden Dörfern wurden monatlang Einheiten einquartiert.

Nach 1945 konkurrierten wiederum militärische und zivile Ansprüche um die Hochflächen miteinander. Während die US-Besatzungstruppen Interesse an dem Platz für Panzerübungen anmeldeten, wollte die Hessische Heimat einen Teil der landwirtschaftlich zu nutzenden Flächen übernehmen, um für die inzwischen ein Viertel der Wohnbevölkerung ausmachenden Flüchtlinge Siedlerstellen zu schaffen. Dieser Plan sah auch vor, das restliche Gebiet an umliegende Gemeinden und diejenigen Landwirte zu verkaufen, die bei der Errichtung Land eingebüßt hatten. Dieses Vorhaben blieb Plan, das Interesse der Landwirte an der Bewirtschaftung der Flächen erlahmte, nachdem diese von der US-Armee durch Übungen stark in Mitleidenschaft gezogen worden waren.

In den fünfziger Jahren sollte zuerst der Bundesgrenzschutz auf dem Platz unterge-

bracht werden. Als die Bundeswehr aufgebaut war, bemühte sich die Stadt Schwarzenborn wie viele Kleinstädte zu dieser Zeit darum, Garnisonsstadt zu werden, und hatte Erfolg. Heute ist in Schwarzenborn ein Jägerbataillon stationiert, viele fremde Truppen kommen, um u.a. Scharfschießen zu üben.

1980 forderte die Bundeswehr weitere Flächen im Umfang von 300 ha für einen Standortübungsplatz. Sie bekam ungefähr die Hälfte des Gebietes zugestanden. In einem Schnellverfahren stellt die Stadt Schwarzenborn 40 ha hochwertigen Stadtwald zur Verfügung, die restlichen 100 ha dürfen – ebenfalls per Gestattungsvertrag – auf Staatswaldflächen in der Gemarkung Neukirchen 'beübt' werden. Nun ist fast die Hälfte der Gemarkung Schwarzenborn und damit über die Hälfte der stadteigenen Forstfläche sowie z.T. gutes landwirtschaftliches Kulturland für 'Verteidigungszwecke' aufgegeben worden.

Militär im Alltag

Die wichtigste Zufahrt zum Truppenübungsplatz ist die Schwarzenbörner Ortsdurchfahrt. Tag für Tag rattern Kolonnen von Militärfahrzeugen mit überhöhter Geschwindigkeit, ohrenbetäubendem Lärm und starker Bodenerschütterung durch den Ort hindurch. Für Fußgänger ist die Straße dann nicht mehr passierbar, die Schwarzenbörner sitzen bei gutem Wetter allerdings gelassen vor ihren Häusern an der Straße und beschauen das Spektakel. Das gute Verhältnis der Einwohner zur Bundeswehr betont der Bürgermeister im Gespräch immer wieder. Häufig werden Patenschaftsveranstaltungen mit der Bundeswehr organisiert, er selbst benötigt ein Drittel seiner ehrenamtlichen Dienstzeit für Bundeswehrangelegenheiten. Die Bundeswehr springt auch ein, wenn sie örtliche Versorgungsgänge kompensieren helfen kann: in Schwarzenborn gibt es keine ärztliche Versorgung, da kommt die Hilfeleistung der Bundeswehr bei schweren Unfällen gerade recht.

Die Bundeswehr in Schwarzenborn bietet heute rund 280 zivile Arbeitsplätze und ist damit einer größten Arbeitgeber im Knüll überhaupt (Und das in einer Stadt, deren Bürgermeister keinen Zweifel daran läßt, daß sie auch dem Bau einer WAA auf ihrem Gebiet nicht abgeneigt sei.). Die jedoch fast gleich hohe Zahl der Einpendler nach Schwarzenborn deutet allerdings darauf hin, daß die überwiegende Zahl der zivilen Beschäftigten aus den umliegenden Orten kommt, nicht aus Schwarzenborn. Denn andere nennenswerte Betriebe gibt es in der Stadt nicht.

Nach der Herkunft ihrer zivilen Beschäftigten und der Auftragsvergabe an örtlichen bzw. regionalen Handel befragt, muß die Kommandantur erst bei der Wehrbereichsverwaltung IV in Wiesbaden um Auskunftserlaubnis ersuchen. Diese wird nach zweimonatigem Hin und Her, nachdem die Schwarzenbörner Kommandantur die Daten schon gebrauchsfertig zusammengestellt hat, ohne Begründung versagt. Aber es ist immerhin zu erfahren, daß auch bei der Bundeswehr rationalisiert wird: durch die Einsparung von zivilem Wachpersonal wurden kürzlich 11 Männer arbeitslos.

Örtliches Gewerbe war in gewissem Umfang an Baumaßnahmen auf dem Übungsplatz beteiligt. So eine inzwischen pleite gegangene Baufirma mit 30 Beschäftigten, die aber, u.a. wegen ihrer geringen Kapazität, nicht in der Lage war, den Auftrag zu erfüllen, so daß er an eine auswärtige Firma vergeben wurde.

Aus Umfragen am Ort ergab sich, daß Einzelhandel und Gaststätten nur in ganz minimalem Umfang von der Stationierung profi-

tieren, da die Güterbeschaffung zumeist zentral geregelt ist und das Auftragsvolumen die Kapazitäten der kleinen lokalen Betriebe so wieso übersteigt. Die Wehrpflichtigen als Konsumentengruppe vor Ort fahren übers Wochenende in ihre Heimatgemeinden, decken dort ihren Bedarf für die Woche. Die dauerhaft Beschäftigten konsumieren ebenfalls vorzugsweise am Wohnort, in diesem Fall im benachbarten Kneipp- und Luftkurort Neukirchen.

Dieser ist infrastrukturell gut ausgestattet, in allem besser als Schwarzenborn. Neukirchen verfügt über einen Anschluß ans Bahnnetz und liegt direkt an einer breit ausgebauten Bundesstraße. In Neukirchen spielt der Fremdenverkehr eine wichtige Rolle mit steigender Tendenz, entsprechend attraktiv ist das Konsum- und Kulturangebot. Diese Umstände erklären hinreichend das Siedlungsverhalten der Bundeswehrbeschäftigten, die einen nicht geringen Teil der neuen und neueren Wohnbaugebiete in Neukirchen beanspruchen. Die damit verbundenen kommunalen Einnahmen, die sich einst Schwarzenborn von der Stationierung erhoffte, fließen nun nach Neukirchen.

Stand Schwarzenborn Anfang der 50er Jahre noch an der Spitze der Fremdenverkehrsorte im Knüll, stagnieren heute Angebot und Nachfrage. Die entscheidende Ursache dafür stellt nach einhelliger Meinung von Bürgermeister, Standortverwaltung und befragten Bürgern die Beeinträchtigung von Ort und Landschaft durch den Truppenübungsplatz dar. Wer möchte schon in seinen Ferien dem dauernden Anblick und Lärm von Militärfahrzeugen ausgesetzt sein und in der eigentlich 'freien' Landschaft des nur durch Hinweisschilder gekennzeichneten riesigen Übungsgebietes sein Leben aufs Spiel setzen, weil er nicht weiß, daß bei aufgezoogenen roten Ballons scharf geschossen wird? Dieser Nutzungskonflikt wird letztlich undramatisch und per Fußabstimmung ausgetragen, aber es gibt auch offene Konflikte, wie um den Schwarzenbörner Knüllteich, an dem sich kommunale Planungshoheit in Garnisonsgemeinden als Farce erweist. Der Knüllteich liegt auch auf dem Gelände der Bundeswehr, doch dürfen sich hier gleichfalls Zivilpersonen aufhalten, sofern die Belange des Militärs nicht beeinträchtigt werden. Da der Teich wegen eben dieser eingeschränkten zivilen Nutzbarkeit nicht in das Fremdenverkehrskonzept der Stadt eingehen durfte, plante diese auf geeignetem Gelände einen neuen Teich. Diesem Konzept widersprach die Standortverwaltung erfolgreich und hatte auch das Recht auf ihrer Seite, denn der projektierte Teich lag im Schutzbereich um die Übungsflächen und unterliegt von daher gleichfalls Restriktionen, was zivile Nutzungen angeht.

So scheint sich der Einsatz der Stadt Schwarzenborn unter dem Strich nicht für sie auszuzahlen: die landwirtschaftliche Nutzung als traditioneller Erwerbszweig ist durch die Ausdehnung des Truppenübungsplatzes stark beschränkt, die einzige momentan erkennbare Entwicklungsperspektive Fremdenverkehr wird jeden Tag buchstäblich 'verschossen'.

Anmerkungen:

- 1) Herbert Schwedt: Wenn das Vertrauen in die Zukunft verschwindet, in: Das Ende des alten Dorfes?, Der Bürger im Staat, hrsg. von der Landeszentrale f. Pol. bildung Baden-Württemberg, Heft 1/1980, S. 15
- 2) Standortübungsplätze stehen nur den dort stationierten Truppenteilen zur Verfügung, während die größeren Truppenübungsplätze – z.T. bis zu 600 qkm groß – zusätzlich von standortfremden bundesdeutschen und alliierten Truppen gegen Entgelt genutzt werden können.
- 3) Klaus Ottomeyer: Militarisierung der Subjekte und des Alltagslebens, in: Das Argument Nr. 132/1982, S. 255
- 4) Hans Möller: Meine Stadt am Knüll, hrsg. von der Stadt Schwarzenborn anläßlich der 650-Jahr-Feier, Schwarzenborn 1979, S. 92
- 5) ebda., S. 90